

Bericht

des Justizausschusses

über den Antrag 275/A(E) der Abgeordneten Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Abschließung von Staatsverträgen zur Haftverbüßung der in Österreich verurteilten Ausländer im Heimatland

Die Abgeordneten **Strache**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 10. Dezember 2008 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Von den insgesamt 43.414 Verurteilungen im Jahr 2006 entfielen 12.888 auf Ausländer (29,6%). Mit 1. August 2008 gab es ca. 8000 Häftlinge in Österreichs Gefängnissen. Davon sind über 42% Ausländer. Die Kosten für die Unterbringungen sind enorm.

Es muss daher zur Entlastung unserer Justizanstalten zum Abschluss von Staatsverträgen kommen, welche gewährleisten, dass in Österreich verurteilte ausländische Staatsbürger zur Haftverbüßung im eigenen Land übernommen werden.

Ein belgisch-marokkanisches Abkommen zum Beispiel legt fest, dass marokkanische Häftlinge in Belgien und belgische Gefangene in Marokko ihre Strafe im Herkunftsland verbüßen können. Ermöglicht wird erstmals auch die nicht freiwillige Überführung Gefangener in ein Gefängnis ihres Heimatlandes.“

Der Justizausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 10. Juni 2013 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Mag. Harald **Stefan** die Abgeordneten Mag. Albert **Steinhauser** und Gerald **Grosz** sowie die Bundesministerin für Justiz Mag. Dr. Beatrix **Karl**.

Bei der Abstimmung fand der Entschließungsantrag 275/A(E) der Abgeordneten Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit (**für den Antrag: F, dagegen: S, V, G, B**).

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Mag. Sonja **Steßl-Mühlbacher** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Justizausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2013 06 19

Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher

Berichterstatterin

Mag. Peter Michael Ikrath

Obmann